

Die Baugewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 7 · 30. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 16. Februar 1929

Die Baugewerksberufsgenossenschaften im Jahre 1927

Die Berufsgenossenschaften, die gesetzlichen Organe zur Entschädigung von Betriebsunfällen, bringen regelmäßig ausführliche Jahresberichte heraus. Diese bergen zum Teil auch für uns sehr wertvolles Material. Gerade darum ist es aber auch zu bedauern, daß die Berichte erst so spät — wir haben erst jetzt den Bericht des Jahres 1927 in Händen — veröffentlicht werden. Uns interessieren insbesondere die Jahresberichte der Baugewerksberufsgenossenschaften.

Die Baugewerksberufsgenossenschaften — 12 an der Zahl — umfassen das gesamte deutsche Baugewerbe, mit Ausnahme allerdings des Tiefbaugewerbes, für das die Tiefbauberufsgenossenschaft besteht. Der Kreis der den Baugewerksberufsgenossenschaften zugehörigen Betriebe und versicherten Personen gibt ein verhältnismäßig gutes Bild von der Größe des Baugewerbes und von der Baukonjunktur.

Tab. 1

Baugewerksberufsgenossenschaften	Anzahl der Betriebe		Anzahl der versicherten Personen	
	1926	1927	1926	1927
Hamburgische	17504	16941	71 034	93 389
Nordöstliche	24376	25466	215 947	256 605
Schles.-Posenische	7109	7228	73 616	98 791
Hannoversche	17551	18484	106 964	133 198
Magdeburgische	8781	9234	111 630	133 055
Sächsische	15281	15549	132 111	161 009
Thüringische	6003	6021	38 500	47 375
Hessen-Rheinische	16721	31 107	92 723	117 527
Rhein-Westfälische	35434	35418	187 520	254 857
Württembergische	9654	9660	97 569	132 513
Bayerische	35145	36514	83 388	101 995
Südwestliche	10612	11793	51 161	59 344
Insgesamt:	204171	213415	1 262 166	1 590 258

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in die Betriebe der Tabelle auch die Eigenbauten einbezogen sind (weil nur ein Teil der Genossenschaften die den Zweiganstalten zugeordneten Eigenbauten besonders auführt) und daher ein falsches Bild von der durchschnittlichen Betriebsgröße entsteht. Außerdem scheinen nicht alle Berufsgenossenschaften für die Errechnung der Anzahl der versicherten Personen denselben Maßstab gewählt zu haben. Im allgemeinen ist wohl die Versicherungszahl durch Teilung der Tagewerte durch 220 (die durchschnittliche jährliche Arbeitsleistung des Bauarbeiters errechnet worden. Bayern hat dagegen die volle Jahresleistung von 300 Tagen als Divisor benutzt. Wie weit andere auch nach diesem Maßstab verfahren sind, ist aus den Berichten nicht ersichtlich. Aber wie dem auch sei, die Tendenz ist aus der Tabelle deutlich zu erkennen. Dank der guten Baukonjunktur des Jahres 1927 ist die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe kräftig gestiegen, erklärlicherweise sehr viel stärker als die Zahl der Betriebe, die vielleicht hauptsächlich nur durch ein verstärktes Ansteigen der Eigenbauten etwas hochgetrieben worden ist.

Das starke Ansteigen der Beschäftigung ist naturgemäß auf die Zahl der Unfälle nicht ohne Einfluß geblieben. Man könnte sonst erschrecken über das Emporschnellen der Unfallziffern. Wenn man ein richtiges Bild gewinnen will, kann man mit der absoluten Zahl nichts anfangen. Die Berichte bringen denn auch sämtlich die Unfallziffern auf 1000 beschäftigte Arbeiter bezogen. Leider muß auch hier wieder gesagt werden, daß die einzelnen Baugewerksberufsgenossenschaften durchaus uneinheitlich berichten. Man merkt, daß überall das gleiche Schema zugrunde liegt, aber gerade das Zahlenmaterial ist so uneinheitlich verarbeitet, daß nur schwer ein Vergleich möglich ist. Deshalb sind notwendigerweise auch unsere Tabellen nur Stückwerk. Wieder sind in den meisten Berichten Zweigstellen und Berufsgenossenschaften nicht auseinandergehalten. Aber gerade das wäre notwendig, um bestimmte Feststellungen machen zu können. Aus den Berichten, die die Trennung vorgenommen haben, ergibt sich beispielsweise, daß die Zahl der Entschädigten und der tödlichen Unfälle bei den Eigenbauten erheblich höher ist als bei den eigentlichen Baubetrieben, was seine Erklärung darin finden dürfte, daß bei Eigenbauten in besonders starkem Maße die Schutzbestimmungen nicht beachtet werden.

Auf 1000 versicherte Personen entfielen:

Tab. 3

Baugewerksberufsgenossenschaft	Gemeinliche Unfälle				Entschädigungspflichtige Unfälle				Unfälle mit tödlichem Ausgang				Gewerbliche Berufsunfälle			
	Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Hamburgische	72,66	75,13	—	—	5,98	2,95	—	—	0,45	0,37	—	—	—	—	—	—
Nordöstliche	72,64	85,60	52,24	54,70	4,52	4,48	7,17	6,41	0,35	0,50	1,71	0,85	0,39	0,37	—	—
Schles.-Posenische	81,42	96,41	—	—	8,98	7,92	—	—	0,65	0,38	—	—	—	—	—	—
Hannoversche	59,21	69,20	—	—	4,12	4,05	—	—	0,38	0,37	—	—	—	—	—	—
Magdeburgische	44,89	48,56	11,60	7,04	4,48	4,37	2,39	2,67	0,27	0,26	0,46	0,28	—	—	—	—
Sächsische	69,62	86,80	71,39	91,86	6,34	6,02	8,05	11,07	0,38	0,38	0,54	—	0,62	0,55	—	—
Thüringische	50,39	66,66	—	—	6,08	6,06	—	—	0,52	0,68	—	—	—	—	—	—
Hessen-Rheinische	66,93	73,72	92,12	33,23	5,42	4,09	25,11	9,29	0,25	0,46	—	1,46	0,53	0,24	1,49	—
Rhein-Westfälische	81,95	93,33	102,57	89,23	7,13	6,38	15,78	14,59	0,69	0,72	1,97	3,86	—	0,35	—	—
Württembergische	19,20	20,80	—	—	3,40	3,10	—	—	0,23	0,22	—	—	—	—	—	—
Bayerische	184,3	149,3	60,0	75,9	12,2	9,4	15,4	18,6	0,78	0,69	1,3	2,2	—	—	—	—
Südwestliche	65,3	69,5	—	—	7,2	7,3	—	—	0,56	0,55	—	—	—	—	—	—
Insgesamt:	71,24	78,23	—	—	6,08	5,41	—	—	0,46	0,60	—	—	—	—	—	—

Im ganzen läßt sich feststellen, daß die Zahl der gemeldeten Unfälle etwas gestiegen, die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle gesunken und die Zahl der tödlichen Unfälle um ein ganz geringes gestiegen ist. Ein merkwürdig uneinheitliches Bild, das jedoch seine Erklärung in der Auswirkung der gesetzlichen Milderung der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 findet. Das betreffende Gesetz bestimmt insbesondere, daß einmal alle Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle als Betriebsunfälle anzusehen sind, und daß die Krankenkassen alle auf Betriebsunfällen beruhenden Verletzungen und Erkrankungen sofort an die Berufsgenossenschaft zu melden haben. Aus der ersten Milderung erklärt sich vermutlich das Anwachsen der tödlichen Un-

fälle, aus der letzteren das Ansteigen der gemeldeten Unfälle. In Wirklichkeit dürfte sich die Feststellung mehrerer Berufsgenossenschaften bestätigen, daß die engeren Betriebsunfälle im Absinken sind.

Die Ursachen der Unfälle sind zum großen Teil zu suchen in den allgemeinen Betriebsgefahren und in besonderen unglücklichen Zufällen. Die Betriebsgefahr wurde vielfach erhöht durch Einstellung berufsunkundiger Arbeiter, die auf Druck der Kommunen hin vorgenommen werden mußte. So sehr es zu begrüßen ist, daß Arbeitslose Beschäftigung finden, so darf das doch nicht dahin führen, daß Bauten überwiegend mit Nichtfacharbeitern besetzt werden und dadurch eine erhöhte Gefährdung von Menschenleben eintritt. Die vermehrte Einführung von Baumaschinen scheint verschiedentlich auch zu einer Erhöhung der Unfallgefahren geführt zu haben. In den meisten Berichten wird aber die Ansicht vertreten, daß der größte Teil der Unfälle bei genügender Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hätte verhindert werden können.

Die Schuld liegt zum Teil bei den Unternehmern. Das Streben nach möglichst hohem Gewinn führte sehr häufig zu einer Außerachtlassung der nötigen Schutzmaßnahmen. Kurzfristige Fertigstellungstermine und dadurch überhastete Arbeit sind oft die Ursache

gewesen, daß Schutzgerüste nicht errichtet und Balken- und Trägerlager nicht abgedeckt wurden. Besonders bei kleineren Unternehmern und bei Eigenbauten fand sich vielfach ein fast völliger Mangel an Gerüstmaterial. Der Wille, unter allen Umständen Bauaufträge zu bekommen, verführt die kleineren Unternehmungen dazu, das Rüstzeug nicht einzukaufieren und so ist dann naturgemäß auch bei der Bauausführung kein Geld für Schutzvorrichtungen vorhanden. Die starke Baukonjunktur im Jahre 1927 brachte es mit sich, daß vor allem bei zerstreut liegenden Bauten die Bauaufsicht oft mangelhaft war. Dadurch kam es vor, daß manchmal zwar seitens des Unternehmers Rüstzeug und Schutzvorrichtungen zur Baustelle geliefert waren, aber keine Verwendung fanden. Unterlassungen der Unternehmer, mangelhafte Betriebs-einrichtungen haben manchem Bauarbeiter Leben oder Gesundheit gekostet.

Aber offensichtlich trägt auch mancher Bauarbeiter am eigenen oder dem Unfall eines Kollegen die Schuld, wenn auch die Behauptung einzelner Baugewerksberufsgenossenschaften, daß der größte Teil der Unfälle auf Unachtsamkeit und Leichtsinns zurückzuführen sei, sicher stark übertrieben ist. Doch gewisse Feststellungen der Aufsichtsbeamten sind offensichtlich nicht abzustreiten. Vor allem jüngere Kollegen finden oft die Schutzvorrichtungen lästig, sie glauben in jugendlichem Übermut ohne sie arbeiten zu können, und schon ist das Unglück geschehen. Die Gewöhnung an die Gefahr führt zur Sorglosigkeit und zur Nichtbeachtung gegebener Verhaltensmaßregeln und Nichtbenutzung der vom Unternehmer zur Verfügung gestellten Schutzvorrichtungen. Bei

Tab. 2

Baugewerksberufsgenossenschaft	Gemeinliche Unfälle				Entschädigungspflichtige Unfälle				Unfälle mit tödlichem Ausgang				Gewerbliche Berufsunfälle (gemeldete)				Gewerbliche Berufsunfälle (entschädigte)			
	Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt		Bei der Berufsgenossenschaft		Bei der Zweiganstalt	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Hamburg	5161	7016	—	—	425	276	—	—	32	35	—	—	15	16	—	—	—	—	—	—
Nordöstliche	15620	20865	306	384	951	1118	42	45	74	125	10	6	82	93	—	—	—	—	1	—
Schl.-Posen.	5821	9201	151	259	622	743	38	40	45	36	3	2	22	25	—	—	—	—	1	3
Hannover.	6295	9185	117	117	441	539	12	17	41	49	3	1	38	32	—	—	—	—	1	—
Magdeburg.	4616	6117	102	50	461	551	21	19	28	33	4	2	24	32	—	—	—	—	1	—
Sächsische	9098	13819	133	166	826	959	15	20	50	61	1	—	87	87	—	—	—	—	3	4
Thüring.	1893	3150	48	57	344	286	9	13	19	32	—	—	7	8	—	—	—	—	1	—
Hessen-Rh.	5774	7929	62	63	468	440	17	19	22	50	—	3	45	26	—	—	—	—	1	—
Rhein Westf.	15201	23568	208	208	1323	1611	32	34	128	183	4	9	53	88	—	—	—	—	1	3
Württembg.	1862	2754	—	—	322	413	—	—	23	29	—	—	11	5	—	—	—	—	—	—
Bayerische	14372	14450	315	383	955	911	81	93	61	68	7	11	97	28	—	—	—	—	—	—
Südwestliche	3299	4123	44	43	357	423	11	8	27	29	3	4	17	13	—	—	—	—	—	—
Insgesamt:	89011	122177	1486	1775	7395	8276	278	308	630	720	33	38	426	447	—	—	—	—	1	1

manchen Arbeitern, vor allem bei Nichtfacharbeitern, hat die Unkenntnis der Betriebsgefahren zu Unfällen geführt. Vielen scheint auch die Gefährlichkeit des elektrischen Stroms nicht bekannt zu sein.

Es ist erfreulich, daß trotz der noch immer viel zu hohen Unfallziffer einzelne Berichte eine fortschreitende Besserung im Verhalten der Unternehmer wie der Arbeiter gegenüber den Unfallverhütungsvorschriften feststellen können. Bei den Revisionen hat sich zwar noch eine Fülle von Verstößen gezeigt. Von besonderer Häufigkeit waren die folgenden Verstöße:

- Fehlender Ausschlag der Unfallverhütungsvorschriften;
- fehlender oder mangelhafter Verbandslasten;
- Gerüst- und Gerütemängel;
- fehlende Schutzeländer;
- fehlende Fanggerüste bei Dachdeckerarbeiten;
- schlecht abgedeckte Träger- und Balkenlagen;
- fehlerhafte Leitern, Leitergänge, Laufbrücken;
- Ueberhandmauern ohne genügenden Aufenschub;
- fehlende Einschaltungen bei Erd- und Kanalisationsarbeiten.

Doch fast überall wurde der Aufforderung zur Beseitigung der Mängel willig Folge geleistet. Nur verhältnismäßig selten brauchte mit Strafen vorgegangen zu werden. Gelagert wird allerdings über das mangelnde Verständnis der jüngeren Kollegen, die den Schutzvorschriften oft nur sehr geringes Verständnis entgegenbrachten. Vor allem aber scheinen sich die Akkordarbeiter nur sehr schlecht mit den Schutzvorschriften befreunden zu können, was häufig seinen Grund darin hat, daß das Errichten der Gerüste in die Akkordarbeit mit eingerechnet wird. Erfreulicherweise hat sich überall ein gutes Zusammenarbeiten der Revisionsbeamten mit den Baubelegten herausgebildet. In einzelnen Berichten ist ausdrücklich auf das gute Ergebnis dieser Zusammenarbeit hingewiesen. Doch wird darüber geklagt, daß auf sehr vielen Baustellen keine Betriebsvertretung besteht. Einige Bezirke berichten allerdings auch über schlechte Erfahrungen mit Arbeiterchaft und Betriebsvertretung. Ob die Schuld nicht auch manchmal bei den Aufsichtsbeamten liegt?

Es liegt in der Natur des Baugewerbes, daß es mehr als jeztstehende Betriebe zu Unfällen führt. Man wird sagen können, daß ein großer Teil der Baunfälle auch bei bester Beachtung der Schutzvorschriften nicht vermieden werden kann. Aber die Vermeidung der meisten Unfälle liegt doch in unserer Hand. Von den Unternehmern muß gefordert werden, daß alle vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen auf das sorgfältigste getroffen werden, und daß nicht aus Gewinnrückichten Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet werden. Bauernjahrene Arbeiter sind möglichst nicht zu verwenden. Wir Bauarbeiter selbst aber müssen an uns die Forderung stellen, uns mit den Schutzmaßnahmen gegen Unfallgefahren genau bekannt zu machen und noch genauer danach zu handeln. Es ist zu begrüßen, daß sehr viele Fortbildungsschulen den Unfallchutz als Unterrichtsfach eingeführt haben und so wenigstens die Lehrlinge gleich in der Ausbildung gründlich über die Unfallgefahren und ihre Verhütung aufgeklärt werden. Sicher werden auch Unfallchutzübungen und -kalender zur besseren Kenntnis der Unfallgefahren und der Mittel zu ihrer Vermeidung beitragen, aber viel wichtiger scheint es uns, daß die Arbeiterchaft in die Baugewerkschaften gleichberechtigt eingegliedert wird und so selbst die Möglichkeit gewinnt, an der Besserung der Verhältnisse mitzuarbeiten. Es ist ein anderes, ob man bloßes Objekt einer Einrichtung ist oder ob man mitverantwortlich die Dinge gestaltet.

Die Tiefbauberufsgenossenschaft im Jahre 1927

Was über Unfälle und Unfallverhütung in den Baugewerkschaften gesagt ist, trifft auch im allgemeinen auf die Tiefbauberufsgenossenschaft zu. Im einzelnen ergibt sich für die Tiefbauberufsgenossenschaft folgendes Bild: Die Zahl der Betriebe ist von 1288 auf 1512, die Zahl der Beschäftigten von 312619 auf 410113 gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 40137 (1926: 30010), die Zahl der einschuldigungs-pflichtigen Unfälle 2681 (1926: 2412), die Zahl der tödlichen Unfälle (1926: 214), die Zahl der gewerblichen Berufskrankheiten drei (1926: fünf). Auf 1000 Beschäftigte entfielen: gemeldete Unfälle 100,69 (1926: 87,59), einschuldigungs-pflichtige Unfälle 6,49 (1926: 7,13), tödliche Unfälle 0,57 (1926: 0,42), gewerbliche Berufskrankheiten 0,07 (1926: 0,15). Also auch in der Tiefbauberufsgenossenschaft ist, abgesehen von den gemeldeten Unfällen, ein leichtes Abnehmen der Unfälle zu verzeichnen. Die Unfälle sind allerdings häufiger als beim Hochbau, was seine Ursache zum Teil in den höheren Betriebsgefahren, vor allem aber in der großen Zahl nichtfachkundiger Arbeiter hat. Des Weiteren wurde auch festgestellt, daß Firmen mit der Ausföhrung von Tiefbauarbeiten beauftragt waren, denen es an der erforderlichen Erfahrung, an Geräten und an Fachkräften fehlte.

Zum Ausbau der Invalidenversicherung

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung übermietet. Die Denkschrift deckt sich mit dem, was von der Regierung über die Lage der Invaliden- und Angestelltenversicherung am 18. Januar im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages mitgeteilt worden ist.

Danach betragen die Beitragseinnahmen des Jahres 1928 bei den Trägern der Invalidenversicherung 1080 Millionen RM. Dazu kommen die Zinsen mit 55 Millionen RM. und die sonstigen Einnahmen mit 55 Millionen RM. Insgesamt betrug die Summe der Einnahmen der Träger der Invalidenversicherung im Jahre 1928 also 1170 Millionen RM. Dem standen folgende Ausgaben gegenüber: 670 Millionen RM. Rentenleistungen, 55 Mill. RM. freiwillige Leistungen, 50 Millionen RM. Verwaltungskosten, 5 Millionen RM. sonstige Ausgaben, so daß die Gesamtsumme der Ausgaben der Träger der Invalidenversicherung im Jahre 1928 insgesamt 810 Millionen RM. betrug, was einen Uebererschuss von 360 Millionen RM. ergab. Die Beitragseinnahmen im Jahre 1929 werden noch etwas höher sein als 1928, da sich die mit Wirkung ab 1. Januar 1928 eingeföhrte Lohnklasse 7 während des vergangenen Jahres noch nicht voll ausgewirkt hat. Unter Zugrundelegung der für das Jahr 1929 voraussichtlich zu erwartenden Verteilung der Wochenbeiträge auf die einzelnen Lohnklassen ist 1929 mit einer Beitragseinnahme von 1140 Millionen RM. zu rechnen. Die Ausgaben für die Rentenleistungen werden sehr stark anwachsen. Für die nächsten Jahre ist mit einem jährlichen Zuwachs von etwa 100- bis 110 000 Invaliden- und 50- bis 60 000 Witwenrenten zu rechnen. Die Witwenrenten haben ihren Beharrungszustand nach ihrer Anzahl etwa erreicht. Die durchschnittliche Jahresrente wird von Jahr zu Jahr vorläufig noch um etwa 12 RM. ansteigen. Nach der bisherigen Entwicklung sowie unter Berücksichtigung der vorgenannten Zahlen und der zu Lasten der Versicherungsträger gehenden und ständig steigenden Mehraufwendungen für die Erhöhung der Steigerungsbeträge kann man annehmen, daß die Ausgaben für Rentenleistungen jährlich anfangs um 70, dann um 75 und später um 80 Millionen RM. von Jahr zu Jahr steigen werden. Gemäß diesem Anwachsen der Rentenleistungen muß für das Jahr 1933 mit einer Summe von etwa 1420 Millionen RM. gerechnet werden. Ausgaben für freiwillige Leistungen, die im allgemeinen einen bestimmten Prozentsatz der Beitragseinnahmen ausmachen, sind vom Jahre 1930 ab gleichmäßig auf 90 Millionen RM. angenommen worden. Die Verwaltungskosten werden durch die mit einem anwachsenden Rentenbestande beständig vergrößerten Verwaltungsarbeiten eine allmähliche Zunahme erfahren. Es ergibt sich aus einer überschläglichen Kalkulation, daß bei der künftigen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Invalidenversicherung die Beitragseinnahmen allein nur bis zum Jahre 1932 ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Die Gesamteinnahmen reichen zur Deckung der Ausgaben bis zum Jahre 1933 aus, dann aber steigen in den darauffolgenden Jahren in rasch zunehmender Weise die Fehlbeträge. Der Gesamtfehlbetrag während der Jahre 1934 bis 1938 wird sich auf etwa 1005 Millionen RM. belaufen, während in den Jahren 1929 bis 1933 nur ein wenig höherer Betrag, nämlich 1075 Millionen RM., voraussichtlich wird zurückgelegt werden können. Die Ueberüberschüsse aus den nächsten 5 Jahren würden also gerade ausreichen, um die Fehlbeträge der darauffolgenden 5 Jahre zu decken. Will man die Fehlbeträge nicht aus den Rücklagen decken, so muß man im Jahre 1933 eine Erhöhung der Beiträge vornehmen, und zwar entweder durch eine allgemeine Erhöhung oder durch einen Aufbaupon Lohnklassen.

Die Denkschrift enthält weiter Angaben über die Belastungen, die die Erfüllung der dem Reichstag vorliegenden Entwürfe auf Ausbau der Versicherungen mit sich bringen würde. Bezüglich der Invalidenversicherung wird festgestellt, daß eine Erhöhung des Grundbeitrages um 1 RM. monatlich eine jährliche Mehrbelastung von 33,1 Millionen bedeuten würde. Eine Erhöhung des Kinderzuschusses um 10 RM. jährlich entspricht einer Mehrbelastung von 4,5 Millionen RM. Durch Erhöhung des Reichszuschusses um monatlich 1 RM. würden für 1929 rund 33,6 Millionen RM. Mehrkosten entstehen. Der jährliche Zuwachs an Renteneinpängern ist dabei noch nicht berücksichtigt. Eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersinvalidenrente auf das 50. Lebensjahr würde eine Mehrbelastung von mehr als 1,4 Milliarden RM. bedeuten, eine Herabsetzung auf das 40. Lebensjahr würde 312 Millionen RM. mehr kosten.

Wie man sieht, schlagen selbst schon verhältnismäßig geringfügige Verbesserungen der Leistungen gewaltig zu Buch. Nichtsdestoweniger muß mit aller

Entschiedenheit ein weiterer Ausbau der Invalidenversicherung verlangt werden. So wie es heute im Einzelfall um die Versorgung der Arbeitsinvaliden und Altersrentner steht, kann es einfach auf die Dauer nicht bleiben.

Ueber die Möglichkeiten des Ausbaues der Angestelltenversicherung haben wir bereits im „Fachblatt“ unserer Reichsvereinigung eingehend berichtet.

Allgemeine Rundschau

Gemeingefährliche Ansichten über die Wohnungswirtschaft

Ueber die Linderung der Wohnungsnot gehen die Meinungen auseinander. Das wäre weiter nicht schlimm, wenn nicht bei der Auseinandersetzung geradezu vorurteilliche Meinungen vertreten würden. In der „Ulmer Schnellpost“ vertritt ein Dr. Mülling die Auffassung, es sei doch Staatssozialismus, daß die Hausbesitzer der Zwangswirtschaft unterworfen seien, d. h. durch einen gesetzlichen Eingriff in ihr wohlverworbenes Privatrecht gezwungen seien, bei bingen wohnungslosen Personen Unterkunft in ihrem Hause um einen Mietzins zu gewähren, der weit unter dem natürlichen Marktpreis steht. Dieser Weg sei verwerflich, denn: „Für mangelnde Wohnungen zu sorgen ist nicht Sache derer, die solche haben, sondern zunächst derjenigen, die solche bedürfen.“ Also, mögen die armen Wohnungslosen selbst für Wohnungen sorgen. In Deutschland herrschen jetzt durch das Mieterchutzgesetz geradezu ungläubliche Rechtsverhältnisse. Wollte man einen lästigen Zwangsmieter los werden, dann könne man ihn nicht einfach an die frische Luft setzen, sondern man wäre beurteilt, eine geeignete Unterkunft zu beschaffen. Das sei ein Hohn auf das Eigentumsrecht, „denn einem Hausbesitzer, dem man einen Lumpen als Zwangsmieter ausgenötigt hat, kann doch nicht im Ernst zugemutet werden, einer Mieterspartei, die von Gerichten wegen als lästig und deshalb der betreffenden Wohnung unwürdig erklärt worden ist, für eine andere Wohnung zu sorgen“. Für Unterkunft zu sorgen, sei Sache dessen, der ein Interesse an der Anwesenheit eines solchen Menschen an einem bestimmten Orte zu haben glaubt. „Findet sich kein solcher Interessent, so ist die betreffende Partei einfach auszuweisen und mit Ortsverbot zu belegen, wie es früher der Fall war. Geschick das, so wird man bald das Gesindel los sein, das sich heute in dem Eigentum anständiger Leute auf deren Kosten breit macht.“

In diesem Ton geht es weiter. Selbstverständlich auch gegen Deutschland, das heute kein Rechtsstaat, sondern Polizeistaat sei und in dem maßgebend sei, was die Verblendung der Massen in blindem Haß gegen die besitzenden Klassen als Recht erkläre.

Jedes Wort der Kritik erübrigt sich. Solange diese rückständige, unsoziale Ansicht noch in weiten Kreisen vorhanden ist, wird man erst recht für die Beibehaltung des Mieterchutzgesetzes eintreten müssen. Die Begründung für die Notwendigkeit der Beibehaltung liefern die Gegner der Wohnungszwangswirtschaft selbst.

Erweiterung der Schulpflicht?

In den Kreisen der führenden Schulmänner und Sozialpolitiker wird zurzeit das Problem der Erweiterung der Schulpflicht erörtert. Zahlreiche sozialwissenschaftliche Organisationen halten Tagungen mit diesem Thema ab. So hatte auch der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform Mitte Januar in Berlin sich ein Referat von Professor Gd. Spranger (Berlin) über die Erweiterung der Schulpflicht halten lassen. Das Referat und die Diskussion zeigten, daß sich eine Schulpflichterweiterung nur vertreten läßt, wenn damit eine innere Umstellung des ganzen Elementarunterrichts auf größere Lebensnähe verbunden wird. Die Meinungen hinsichtlich der Methode der Durchführung gehen selbstverständlich weit auseinander. Jedoch wird man aus der Haltung aller interessierten Kreise zu dem Thema feststellen können, daß man der Ansicht ist, das zusätzliche Jahr müsse zu einem stark arbeitsunterrichtlich ausgebauten Lebens- und Berufsjahre verwandelt werden. Die Gesellschaft für soziale Reform hat die Absicht, im Laufe des Jahres eine Sammelchrift erscheinen zu lassen, in der das kulturpolitisch und wirtschaftlich bedeutende Problem durch die verschiedensten Sachkenner behandelt werden wird. Die ganze Haltung ist im Augenblick noch durchaus wissenschaftlich. Irgendwelche Absichten entscheidender Stellen bestehen noch nicht. Jedoch wird man damit rechnen müssen, daß eines Tages die Erweiterung der Schulpflicht zur allgemeinen öffentlichen Diskussion gestellt wird, und somit ist es zu begrüßen, wenn die sozialwissenschaftlichen Organisationen wertvolle Arbeit leisten.

Tariffbewegung

Feuerungs- und Schornsteinbau

Vor dem feuerungstechnischen Schiedsgericht wiederholten sich vorwährend Klagen von Kollegen, die abgewiesen werden, weil von den Kollegen bei Übung des Arbeitsverhältnisses Bescheidigungen unterschrieben wurden, wonach sie keinen Anspruch mehr auf Forderungen haben. Es kommt sehr häufig vor, daß Kollegen erst nach der Entlassung sich darauf besinnen, daß sie entweder den vollen Lohn, die Zuschläge oder auch Jahrgeld und Ausbildung in der tariflichen Höhe

nicht erhalten haben. An sich sollen solche Dinge überhaupt nicht vorkommen. Jeder organisierte Kollege muß im Besitze eines Tarifvertrages sein und weitzer die in der „Baugewerkschaft“ bekanntgegebenen Lohnfestsetzungen verfolgen, um danach seine Ansprüche auch voll und ganz geltend machen zu können. Es zeugt von wenig Mannesmut, wenn man sich zunächst mit allem zufrieden gibt und erst dann, wenn die Arbeit vollendet ist oder aus einem sonstigen Grunde die Lösung des Arbeitsverhältnisses erplagt, seine Forderungen geltend macht. In mehreren solcher Fälle haben wir Klagen anhängig gemacht, wurden dann aber abgewiesen, weil der Arbeitgebervertreter eine Bescheinigung folgenden Inhaltes vorlegte:

„Nach Prüfung bestätige ich, daß ich in der Zeit meiner Beschäftigung bei der Firma von bis auf der Baustelle meine tariflichen Löhne, Zuschläge, Aufschläge, Auslassungen und Fahrtenerschädigungen richtig erhalten und infolgedessen keine Forderungen mehr an die Firma zu stellen habe.“

Ort. Datum.

Unterschrift. Wohnort.

(Anschrift.)

Diese Bescheinigungen sind auf dem Vertriebswege hergestellt und tragen den Stempel der Hauptgeschäftsstelle des feuerungstechnischen Arbeitgeberverbandes. Also ein Beweis dafür, daß sie von dort herausgegeben und den Firmen zur Verfügung gestellt werden. Wir raten jedem Kollegen, sich bei der Entlassung erst alles genau anzusehen, ehe er Unterschriften gibt. Zu solchen Unterschriften kann der Arbeiter nicht gezwungen werden. Er kann bei einem solchen Verlangen ruhig erklären, daß er sich das erst überlegen wolle. Hat er aber unterschrieben, dann soll man von einer Klage Abstand nehmen, da dieselbe dann vollständig nutzlos ist. Im eigenen Interesse liegt es also, Vorsicht zu üben!

Aus dem Verbandsleben

Ortsgruppe Sieburg. Am 13. Januar fand im Gasthause „Zur Ludwigsbahn“ unsere Generalversammlung statt, welche von 55 Kollegen besucht war. Als erster Vorsitzender wurde Simon Enders, als zweiter Vorsitzender August Wid, als Kassierer Sebastian Brand, als Hauskassierer Martin Hoß und Adam Brand, als Schriftführer Georg Christ, als Beisitzer Adam Brohe und Konrad Jhrig gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde lebhafteste Kritik daran geübt, daß so viele unorganisierte Bauarbeiter dem katholischen Männerverein angehören.

Ortsgruppe Brambauer. Am 16. Januar tagte im Lokale Südhof die Generalversammlung unserer Ortsgruppe, die seit Januar 1928 besteht. Die Versammlung war außergewöhnlich gut besucht. Leider war es ansehend bei der Verwaltungsstelle Dortmund vergesen worden, einen Referenten und Versammlungsleiter zu schicken, trotzdem es zur Genüge der Verwaltungsstellenleitung bekannt war, daß am 16. Januar unsere Generalversammlung stattfand. (Bemerkung der Schriftleitung: Wie die Kollegen von Brambauer aus den übrigen Berichten ersehen wollen, finden sehr viel Generalversammlungen statt, ohne daß ein auswärtiger Redner teilnimmt.) Die Wichtigkeit der Tagesordnung ließ es nicht zu, die Versammlung noch einmal zu vertagen, und so beschloffen die Kollegen, die Tagesordnung abzuwickeln. Kollege Markus gab den Jahresbericht. Ein arbeitsreiches Jahr hat die Ortsgruppe Brambauer hinter sich. Die Ortsgruppe, besonders aber der Vorsitzende, Kollege Markus, der seit dem Bestehen der Ortsgruppe an der Spitze steht, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eine Fahne anzuschaffen. Im Laufe des Jahres wurde eine Sammlung unter den Kollegen abgehalten, an der sich die meisten auch gut beteiligten. Das Wertgebiet, und am 27. August 1928 konnten wir die Fahne der Fahne vornehmen. Im Laufe des Jahres kam eine Jugendgruppe zustande, der 21 Jugendlichen angehören. Ein Zeichen, welches reges Interesse gerade die Jugend für die Verbandssache zeigt. Beim Punkte „Vorstandswahl“ dankte Kollege Markus den Kollegen für das dem Vorstand im verfloffenen Jahr entgegengebrachte Vertrauen und legte zugleich den Vorsitz nieder. Er ging von dem Standpunkt aus, daß jüngere Kollegen das selbe leisten könnten wie er und war durch nichts zu bewegen, den Vorsitz wieder zu übernehmen. Die Versammlung wählte ihm auch bei, und so wurde Kollege Niemann fast einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde folgender Antrag an die Verwaltungsstellenkonferenz beschlossen: „Die Ortsgruppe Brambauer stellt den Antrag an die Verwaltungsstellenkonferenz, auf dem nächsten Verbandstag dahin zu wirken, daß ein Teil des Lokalkassensfonds den einzelnen Ortsgruppen zugute kommt.“ Dieser Antrag ist deshalb gestellt, weil heute die einzelnen Ortsgruppen keinen Beitrag aus der Lokalkasse der Verwaltungsstelle bekommen können. A. Kraß.

Ortsgruppe Ahlen i. W. Am 20. Januar fand im Lokale Fischer-Mehring unsere äußerst gut besuchte Generalversammlung statt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor als erster Vorsitzender Kollege Krimphove, als zweiter Vorsitzender Kollege Stüde, als Kassierer Kollege Krimphove, als Schriftführer Kollege Stellenkamp, als Vertrauensleute die Kollegen Krimphove, Stüde, Böjete, Anton Müller und Heinrich Böje, als Verwaltungsstellendelegierte die Kollegen Stüde und Verley. Dann berichtete Kollege Schäfer aus Hamm über die Bezirkskonferenz. Die Mitgliederzahl des Bezirkes Bochum habe sich in den letzten Jahren äußerst gut entwickelt. Jedoch dürfe dieses Ergebnis nicht in uns den Gedanken reizen lassen, daß nun alles

Am 16. Februar 1929 ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

getan sei, sondern unentwegt müsse unsere Lösung sein: „Man an die Un- und Fachorganisierten“, damit weitere Mitglieder unserem Verbande zugeführt würden. Sodann gab er einen Überblick über die Entwicklung auf lohnpolitischem Gebiet in den letzten Jahren: überzeugend wies er nach, daß die Verbandsbeiträge reichlich Zinsen getragen haben und die Organisation ihren Mitgliedern gegenüber voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. Nun wir deshalb weiter unsere Pflicht, sorgen wir vor allen Dingen dafür, daß alle Verbandsmitglieder, insbesondere die neugewonnenen, zu tüchtigen Gewerkschaftlern herangebildet werden. Dann wird auch die künftige gewerkschaftliche Arbeit reiche Früchte tragen. Anschließend überreichte Kollege Schäfer dem Kollegen Verley Nadel und Urkunde für rege Werbearbeit sowie dem Kollegen Krimphove, weil er schon im Jahre 1927 die goldene Nadel erhalten hatte, ein Buch mit Widmung des Hauptvorstandes für treue Mitarbeit. Mit herzlichen Worten dankte er den anwesenden drei Jubilaren im Namen des Haupt-, Bezirks- und Verwaltungsstellenvorstandes für ihr treues Ansehen, ihre Opfer und Mühen in den verfloffenen 25 Jahren. Er bat sie, auch in den ferneren Jahren die alte Treue zu bewahren, und wünschte ihnen als Dank für ihre Treue einen sorgenfreien und sonnigen Lebensabend. Die Jüngeren bat er, sich an den Jubilaren ein Beispiel zu nehmen und in schlechten wie in guten Zeiten treu zur Fahne zu stehen. Nachdem noch Kollege Krimphove im Namen der Jubilare den Dank ausgesprochen und dabei betont hatte, daß sie bisher nur ihre moralische Pflicht erfüllt hätten, diese aber auch in Zukunft in jeder Weise erfüllen würden, schloß er die äußerst interessante Versammlung mit der Bitte, das Gehörte, insbesondere in bezug auf die Agitation, in diesem Jahre in die Tat umzusetzen.

Berlin. Am 23. Januar hielt unsere Fachgruppe der Puffer ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Delegierte H. Faust erstattete ausführlich Bericht über die Konferenz des Bezirkes Berlin, die am 12. und 13. Januar in Schwerin (Warthe) stattgefunden hat. Der Bezirksleiter Julius Herrmann nahm sodann das Wort zu einem Vortrag über die Arbeitslosenversicherung, besonders die Sonderregelung für die Fälle der sogenannten berufsüblichen Arbeitslosigkeit. Er verstand es, die Unklarheiten, die diesbezüglich unter der Kollegenchaft bestanden, zu klären. Lokalangelegter E. Becker erklärte ausführlich, wie die Unterstützung des Verbandes errechnet wird. Die anschließende Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Er setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Stefan Koslowski, 2. Vorsitzender H. Beggel, Schriftführer J. Fleischer, Beisitzer die Kollegen Kohde und Schwente. Mit dem Vortag, auch fernerhin in der Agitation den Mann zu stellen und regelmäßig die Versammlung zu besuchen, die jeden dritten Mittwoch im Monat im Verbandslokal Stralauer Straße 53 stattfindet, erreichte die interessant verlaufene Generalversammlung ihr Ende. Josef Fleischer.

Schwiebus. Am 24. Januar fand bei Schul unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorsitzende J. Giering gab einen Rückblick auf die Bezirkskonferenz am 12. und 13. Januar in Schwerin (Warthe). Den Jahresbericht gab der Kassierer J. Köther. Die Revisoren stellten fest, daß Bücher und Geld miteinander übereinstimmen. J. Köther, welcher dem Ausschuss des hiesigen Arbeitsamtes angehört, referierte über die letzte Sitzung in Hülshaus und über die Sonderfürsorge der berufsunfähig gewordenen Kollegen. Kollege J. Giering ermahnte alle Kollegen, mehr als bisher den „Deutschen“ zu abonnieren, denn dieses Blatt betrifft voll und ganz unsere Interessen. In der Frühjahrsagitation muß alles angeboten werden, damit der letzte Fernstehende für unseren Verband gewonnen wird.

Ortsgruppe Jüchenbach. Am 24. Januar hielt unsere Ortsgruppe unsere diesjährige Generalversammlung ab, wozu alle Mitglieder erschienen waren. Der Kassierer gab den Jahresbericht. Es zeigte sich, daß auch unsere Ortsgruppe mitgearbeitet hat am Aufstieg unseres Verbandes. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, und zwar als erster Vorsitzender Werner Otto, als zweiter Vorsitzender R. Freundlieb, als Schriftführer Theodor Hohe, als erster Kassierer Hr. Otto, als zweiter Kassierer M. Böning. Der erste Vorsitzende gab dem Wünsche Ausdruck, daß die Kollegen wiederum tatkräftig mitarbeiten. Auch dachte er wiederer Jugend und hat die älteren Kollegen, sich um dieselbe mehr zu kümmern und sie unserm Verbande zuzuführen. Am 13. Januar hielt unsere Ortsgruppe nach langer Zeit wieder ein Wintervergügen ab. Hierzu waren auch die Verwaltungsstelle Fuhrbach sowie die Ortsgruppen Brochthagen und Langenhagen eingeladen. Der erste Vorsitzende wies in der Begrüßungsansprache auf den Wert und die Ziele unserer Gewerkschaft hin und forderte von jedem treue Mitarbeit. Auch aus der Verwaltungsstelle Giffen war ein Kollege anwesend. Er hatte uns von dort die Bauarbeiterhymne mitgebracht, welche dann auch mit Begeisterung gesungen wurde. Bis tief in die Nacht hinein herrschte eine gemütvolle Stimmung, da jung und alt am Plaze waren, um ihre Treue zur Gewerkschaft zu bekunden. Alle Teilnehmer gingen befreit nach Hause.

Sieboldshausen. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Heinrich Bode, dankte zunächst für den zahlreichen

Versammlungsbesuch und wünschte, daß jede Versammlung so besucht würde wie heute. Aus dem vom Kollegen Franz Böhme gegebenen Geschäftsbericht ergab sich, daß das Jahr 1928 für Sieboldshausen ein Jahr des Aufstiegs war. Es wurden 31 Kollegen für uns gewonnen. Im ersten Vierteljahr hatten wir eine Mitgliederzahl von 106 und im letzten Vierteljahr eine Mitgliederzahl von 157 zu verzeichnen. In der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wurde in der Verwaltungsstelle ein zwölftägiger Unruhetag für uns abgehalten. Derselbe war von 42 Kollegen besucht. Kollege Jumbrock und Leuninger waren als Reerent erschienen. Bevor wir zur Vorstandswahl übergingen, erklärte der langjährige Vorsitzende Hein Bode seinen Rücktritt. Er begründete seinen Entschluß damit, daß auch andere Kollegen, besonders die jüngeren, sich für die Arbeit in den christlichen Gewerkschaften schulen müßten. Die Vorstandswahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Fritz Döring, 2. Vorsitzender Wilhelm Wülfel, 1. Kassierer Fr. Böjme, 2. Kassierer Joh. Wülfel, 1. Schriftführer Fr. Becker, 2. Schriftführer Wilh. Gerhardt, Revisoren Karl Wagner und St. Hohmann. Der 1. Vorsitzende Fritz Döring dankte für das Vertrauen: er will versuchen, seinem Vorgänger nicht nachzujehen. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch Aufklärung über die geistliche Unterstützung vom 15. Dezember 1928 und die Sonderfürsorge gegeben. Zum Schluß wurde an die Kollegen appelliert, vor Abreise das Buch in Ordnung zu bringen. Franz Becker.

Hardorf. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 27. Januar ihre Generalversammlung ab. Den Jahres- und Geschäftsbericht erstattete Kollege Jos. Becker. Er gab zunächst seiner Freude Ausdruck, daß die Kollegen so zahlreich dem Plaze zur Versammlung gefolgt seien, und ganz besonders freue er sich über den ausnahmsweise starken Besuch der Jugendlichen. Offenbar hätten die jugendlichen Kollegen den durch den zweiten Zentralvorstand des Christlichen Holzarbeiterverbandes, Kollege Christian Schick aus Köln (ein Sohn unserer Gemeinde), an sie gerichteten Appell in der Jubelfestversammlung sich zu Herzen genommen. Zur Mitgliederbewegung konnte er feststellen, daß die Verwaltungsstelle im Jahre 1928 einen Zuwachs von 13 Mitgliedern zu verzeichnen hatte. Den 52 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1927 standen am Schlusse des Jahres 1928 95 Mitglieder gegenüber. Das sei ein schöner Erfolg, aber es sei noch mehr zu erreichen, wenn alle anwesenden Kollegen mitarbeiteten. Nach dem Jahresbericht, den ebenfalls der Kollege Josef Becker erstattete, wurde der Vorstand wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender: Josef Schraud; 2. Vorsitzender: Josef Luzius (Kogdorf); 1. Kassierer: Josef Becker; 2. Kassierer: Josef Bau (Kogdorf); 1. Schriftführer: Josef Mann; 2. Schriftführer: August Wachtel (Kogdorf). Als Revisoren wurden die Kollegen Josef Dürr und Konrad Stumpf gewählt. Alle Kollegen wurden einstimmig gewählt, ein Zeichen dafür, daß der gewählte Vorstand das Vertrauen sämtlicher Mitglieder genießt. Nachdem der Vorsitzende den vier Jubilaren die auf Kosten der Verwaltungsstelle eingetragenen Ehrenurkunden überreicht und ihnen nochmals für ihre 25jährigen treuen Dienste im Verbandsverbande gedankt hatte, wurde die recht interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Bejuwe (Kreis Reppen). Am 27. Januar fand hier eine Versammlung der Bauarbeiter statt, die Kollege Wilhelm Mecklenburg (Haren) leitete. Kollege Landzettel (Singen) schilderte in einem Vortrag die Aufgaben, welche der christliche Bauarbeiterverband sich gestellt hat. Er schilderte die früheren trostlosen Zustände im Baugewerbe und die mühsame Arbeit der Gewerkschaften, um für die Bauarbeiter einigermassen erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Vielfach sei bei den Kollegen die Meinung vorhanden, der Verband habe nur die Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Dieses sei nicht die alleinige Aufgabe des Verbandes. Er wies an Hand einer Statistik nach, welche gewaltige Arbeit auf dem Gebiet des Rechtsschutzes durch den Verband für die Kollegen geleistet wird. Ferner habe der Verband die hohe Aufgabe, für die geistige Bildung der Bauarbeiter zu sorgen. Er ersuchte die Anwesenden, nur dann ihren Beitritt zu erklären, wenn sie den seinen Willen hätten, gute Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes zu werden und dem Verband stets die Treue zu halten. In der Diskussion erklärten sich alle Anwesenden für den sofortigen Beitritt. Die Ortsgruppe wurde gegründet und der Verwaltungsstelle Haren-Oms angeschlossen. Als Vorsitzender wurde Kollege Fritz Dörner, Maurer, als Kassierer Kollege Gerhard Zurjährt, Bauhilfsarbeiter, und als Hilfskassierer die Kollegen Gerhard Bahns und Hermann Sübbers gewählt.

Franstadt. Die Ortsgruppe hielt ihre Generalversammlung am 27. Januar ab. Der Vorsitzende, Kollege Deutsch, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Kollegen und besonders den Bezirksleiter, Kollegen Leuninger, Breslau. Der Schriftführer gab den Jahresbericht, aus welchem zu ersehen war, daß die Tätigkeit der Ortsgruppe eine rege gewesen ist. Kämpfe um ihre Existenz hat die Ortsgruppe zu bestehen gehabt. Rege Werberätigkeit ist von den Kollegen geleistet worden; man sie auch nicht immer von Erfolg gekrönt war, so kann die Ortsgruppe doch mit Befriedigung auf das vergangene Jahr zurückblicken und von neuen Hoffnungen getragen in das neue Jahr eintreten. Aus den Versammlungen, die regelmäßig jeden Monat stattgefunden haben, ist zu ersehen, daß Idealismus, christliche Grundzüge und gewerkschaftlicher Geist in der Ortsgruppe vorhanden sind. Allen Kollegen, die im verfloffenen Jahre ihre Kraft in den Dienst der Ortsgruppe gestellt haben, sei an dieser

Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. Im weiteren Verlauf der Versammlung erstattete der Kassierer den Jahresbericht, der die Kassengeschäfte in bester Ordnung zeigte. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden der Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer wiedergewählt; die Stellvertreter wurden neu gewählt. Nach dem geschäftlichen Teil hielt Kollege Leuninger einen umfangreichen und aufklärenden Vortrag über den Reichstatarvertrag und die wirtschaftliche Lage in den letzten zwei Jahren, der eine kurze Aussprache hervorrief.

Barmen. Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Schmidt, gab den Jahresbericht: Ein Jahr fleißiger Gewerkschaftsarbeit liegt hinter uns und, wie wir mit Stolz sagen können, ein Jahr des Erfolges. Eine besondere Note erhielt das Jahr 1928 für uns dadurch, daß wir das 25jährige Bestehen der Ortsgruppe feiern konnten. Zahlreich war die Beteiligung unserer Kollegen mit ihren Angehörigen. Den musikalischen Teil hatte eine den christlichen Gewerkschaften nahestehende Kapelle, den gesanglichen Teil der St. Gregorius-Kirchenchor übernommen. Kollege Deppe konnte eine große Zahl von Gästen begrüßen, u. a. als Vertreter des Hauptverbandes den Kollegen Jacobi aus Berlin und besonders die beiden noch lebenden Gründer, die Kollegen Peter Lunz und Heinrich Baugert, ferner den Kollegen Johann Blau, den damaligen Vorsitzenden des Kartells der christlichen Gewerkschaften, welcher sich um die Gründung unserer Ortsgruppe sehr verdient gemacht hat und heute als Hauskassierer bei uns beschäftigt ist. Er schilderte weiter die Schwierigkeiten der Gründungszeit, Aufstieg, Kämpfe und Erfolge dieser 25 Jahre und gedachte zum Schluß in warmen Worten der vielen Kollegen, die der Tod in diesen 25 Jahren uns entzogen hat, und von denen allein 3 im Kriege gefallen sind. Als Vertreter des Kartells überbrachte Kollege Zimmer, von den katholischen Arbeitervereinen der Kollege Pölsle und von den Freiberberverbänden der Kollege Bessel die Grüße und Glückwünsche. Die Festrede hielt Kollege Jacobi. Teils in ernster, teils in launiger Weise ließ Kollege Jacobi die Zeit von der Verbandsgründung bis zum heutigen Tage an unserem geistigen Auge vorbeiziehen. Er betonte, daß in allen Schicksalslagen des Verbandes die Wuppertaler christliche Bauarbeiter-Vereine Verständnis, Opferwilligkeit und vor allem Treue gezeigt habe. Den beiden Jubilaren den besten Dank für ihre dem Verbands in hervorragender Weise geleistete Treue aussprechend, wünschte er ihnen das Erleben noch weiterer Erfolge. Für die Frauen der Kollegen sprach er von Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte und schloß mit der Bitte an alle Anwesenden, jeder in seiner Weise an der Stärkung der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten. Bezirksleiter Kollege Hauschen sprach in recht eindringlicher Weise zu unserer Jugend. Ein erhebender Augenblick war es, als Kollege Deppe die Ehrung der beiden Jubilare vornahm. Er überreichte den beiden Jubilaren die vom Hauptverband gesandten Diplome und Medaillen und die von der Ortsgruppe gesandten prächtigen Blumenkörbe, und feierte sie in beredten Worten. Dem Kollegen Blau, als Mitgründer der Ortsgruppe, wurde ebenfalls ein Blumenkorb überreicht. Unter ständiger Nahrung sprachen beide Jubilare ihren herzlichsten Dank aus mit dem Versprechen, bis zu ihrem Lebensende dem Verbands treu zu bleiben und weitere Mitstreiter zu werben. Das Fest verlief in der schönsten Weise und wird hoffentlich die praktische Verbandsarbeit noch lange befruchten. Ein weiterer Höhepunkt im vergangenen Jahr war die Vorführung unseres Films „Die Leute vom Bau“, die einen sehr starken Eindruck hinterließ. Der zahlmäßige Aufstieg war im vergangenen Jahre gut, nur ließ leider der Besuchsbesuch teilweise zu wünschen übrig. Es fanden zwölf Versammlungen und zwölf Vorstandssitzungen statt. Kollege Schmidt schloß mit dem Wunsch, daß die kommenden Versammlungen ebenjotig besucht sein mögen wie die heutige, an der etwa 100 Kollegen teilnahmen. Den Jahresbericht gab der Kollege Herget. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: A. Heilmann, 1. Vorsitzender; H. Floren, 2. Vorsitzender; A. Herget, 1. Kassierer; H. Baugert, 2. Kassierer; W. Siemers, 1. Schriftführer; A. Weiland, 2. Schriftführer; Baumholtz und Schwaborn, Kassierprüfer. Um unsere Jugendarbeit noch intensiver zu gestalten, wurden den Jugendlichen zwei ältere Kollegen zur Führung und Hilfe zur Seite gestellt, und zwar die Kollegen H. Reusch und J. Jahn. Es kann nie genug der Mahnung an die Jugend ergehen, hinein in die Jugendgruppe. Ihr jungen Kollegen bedenk, daß ihr einst die Träger der Gewerkschaftsbewegung sein sollt. Darum ist es an der Zeit, euch in der Gewerkschaftsarbeit zu betätigen. Auch euer Wahlprüfungsamt ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals machen. Zum Schluß hielt Kollege Deppe einen kurzen Vortrag über die Handhabung der Arbeitslosenunterstützung. **Marlmann.**

Neugewählt wurden Kollege Johann Schlachter und Kollege Jakob Stauder als Beisitzer. Die Jugend entsendet die Kollegen Alois Maurer, Cornelius Klein und Friedrich Klein in die Vorstandschaft. Der erste Vorsitzende, Kollege Scharf, berichtete nach dem Wahlakt über seine Tätigkeit als Beisitzer am Arbeitsamt Zweibrücken. Daraus war zu entnehmen, wie wichtig es für uns Saisonarbeiter ist, eine Vertretung im Verwaltungsausschuß zu haben. Es wurde noch beschlossen, in Kürze eine Protestversammlung gegen die Sonderbehandlung der Bauarbeiter abzuhalten. **Viktor Meyer.**

Kümburg. Am 27. Januar fand bei Paul Beck unsere diesjährige Generalversammlung statt. Vorsitzender Peter gab den Jahresbericht, der uns unsere Errungenschaften im vergangenen und unsere Ziele in diesem Jahre klar vor Augen führte. Besonders ermunterte er die Kollegen zu tüchtiger Verarbeitung, damit wir in diesem Jahr die Zahl von 200 Mitgliedern erreichen. Der Jahresbericht des Kollegen Ram zeigte eine Einnahme der Hauptkasse von 1304,66 RM und eine Ausgabe von 1734,10 RM, ferner eine Einnahme für die Sozialkasse von 1247,12 RM und eine Ausgabe von 443,70 RM. In der Neuwahl wurde die alte Verwaltung mit voller Stimmenzahl wieder in ihr Amt eingeweiht. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß am 14. August unser 25jähriges Gründungsfest stattfindet. Sodann hielt unser früherer Bezirksleiter, Kollege Sommer aus Nürnberg, einen interessanten Vortrag über die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle während der 25 Jahre, welcher von den anwesenden Mitgliedern, besonders von den jugendlichen, mit großem Beifall aufgenommen wurde. **J. Sch.**

Verwaltungsstelle Peine. Am 27. Januar hatten wir bei Gastwirt Schrader unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht für 1928. Die Verwaltungsstelle Peine hat im letzten Jahre sehr gute Erfolge erzielt. Die Zahl der Mitglieder hat sich fast verdoppelt. Dementsprechend sind auch die Einnahmen gestiegen. Danach folgte die Vorstandswahl. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Kollege Eilen, 2. Vorsitzender Kollege Jürriß, 1. Kassierer Kollege W. Bormann, 2. Kassierer Kollege Gieseke, 1. Schriftführer Kollege Meyer, Kassierprüfer: Kollegen K. Dienemann und Almeling. Wegen alle Peiner Kollegen auch in diesem Jahre wieder Hand in Hand tapfer mitarbeiten, die idealen Gedanken der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu fördern und die Reihen unserer Mitglieder zu stärken, damit bei der nächsten Generalversammlung die Mitgliederzahl sich wieder verdoppelt hat. Insbesondere müssen die jüngeren Kollegen aktiver mitarbeiten, damit die Verwaltungsstelle Peine mit zu den besten im Bezirk Hannover gehört und aus denselben Männer hervorgehen, die versprechen, das Leben zu meistern.

Verwaltungsstelle Landeshut in Schlesien. Am 27. Januar hielt die Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Der provisorische Vorsitzende, Kollege Gattermann, gab einen kurzen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Er erwähnte u. a., daß sich die Mitgliederzahl verdreifacht hat, was in der Hauptsache der Werbetätigkeit des Kollegen Polenzky zu verdanken ist. Alsdann erstattete der Kassierer den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen: die Einnahmen der Hauptkasse betragen 740,28 RM, die Ausgaben 673,90 RM. Die Einnahmen der Ortskasse betragen inklusive Vortrag von 1927 396,90 RM, die Ausgaben 347,97 RM, so daß ein Bestand von 43,93 RM verbleibt. Marken wurden im ganzen 97 Stück verkauft. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl wurde durch den Alterspräsidenten, Kollegen Reugebauer, geleitet. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Willy Polenzky, 2. Vorsitzender August Körner, 1. Kassierer Max Holzbecher, 2. Kassierer Franz Demuth, Schriftführer Willy Gattermann, Revisoren Gustav Beurer und Paul Weirauch. Nun hielt uns Kollege Palloch (Breslau) einen Vortrag über die Sonderfürsorge der Bauarbeiter. Die Ausführungen boten viel Neues für die Kollegen, und welcher Beifall wurde ihm zuteil. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden, im neuen Jahre an der weiteren Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten, fand die anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende. **H.**

Slag. Am 28. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche von 23 Kollegen besucht war. Von den „Genossen“ wird uns immer vorgehalten: „Wozu brauchen wir einen christlichen Verband? Warum organisieren sich die Arbeiter nicht christlich?“ Unser Bezirksleiter Kollege Leuninger ging in kurzen Worten darauf ein und sprach über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften. In der dann vorgenommenen Wahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt und dadurch ergänzt, daß Kollege Loos als 2. Vorsitzender und Kollege Gütler als Schriftführer gewählt wurden. Der Kassierer Geisler erstattete den Geschäftsbericht für 1928, woraus zu entnehmen war, daß 32 Mitglieder aufgenommen wurden und 7 Mitglieder vom Baugewerksbund zu uns übergetreten sind. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 48. In den nächsten Wochen wird in der Umgegend eine durchgreifende Hausagitation vorgenommen werden, und wurde dieses eingehend besprochen. Am Schluß berichtete der Vorsitzende des Arbeitsamtes Slag, Herr Gottschalk, über die Sonderfürsorge der Saisonarbeiter. Es kam zu einer erregten Aussprache, denn das Geschäft bringt unweifelhaft neue Not in die Familien der arbeitslosen Kollegen. **Ortsgruppe Jorshelm.** Am 28. Januar fand in der Brauerei Schneider unsere Generalversammlung

statt. Der Vorsitzende, Kollege Heim, erstattete den Jahresbericht, Kollege Schmitt den Kassierenbericht. In den Vorstand wurden Kollege Heim als Vorsitzender, Kollege Schmitt als Kassierer, Schröder als 2. Vorsitzender, Döppmann als Schriftführer und Würschberger und Müller als Revisoren einstimmig gewählt. In der Aussprache forderte Kollege Würschberger die Kollegen auf, in diesem Jahre die Verarbeitung so zu betreiben, daß einige Kollegen in den Besitz der silbernen Verbandsnadel kommen.

Ortsgruppe Breinig (Verwaltungsstelle Nachen). Am 30. Januar hielten wir unsere gut besuchte Generalversammlung ab. In der Vorstandswahl wurden Ludm. Kreis als Vorsitzender und Wilhelm Schmitz als Kassierer wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Theodor Müller gewählt. Als Hauskassierer wurden Arnold Münch und Wilhelm Schmitz wiedergewählt. Sodann erstattete der Kassierer Schmitz den Geschäfts- und Kassierenbericht. Für die am 17. Februar stattfindende Verwaltungsstellenversammlung wurde Christian Geurz als Delegierter gewählt, welcher im Auftrage der Versammlung für den neuen Reichstatarvertrag die Gegenforderungen stellen soll.

Ortsgruppe Kimpar. Nachdem erst vor kurzem ein tüchtiges Mitglied der Ortsgruppe, unser Kollege Nahler, infolge eines Unglücksfalles zu Grabe getragen wurde, verstarb nunmehr infolge von Altersschwäche unser guter alter Freund Josef Böhr im Alter von 81 Jahren. Wie sehr er bei allen Kollegen beliebt war, bewies die überaus große Teilnahme an der Beerdigung. Kollege Greib (Würzburg) widmete ihm am Grabe einen warmen Nachruf. In unserem Kollegen Böhr ist ein vorbildlicher Gewerkschaftler dahingegangen. Er war Mitbegründer der Ortsgruppe Kimpar im Jahre 1906 und seit dem Jahre 1911 bis zu seinem Tode ununterbrochen deren Kassierer. Mit gesenktem Haupte und gebeugtem Rücken schritt er immer noch tapfer in die Versammlungen. Noch bei der letzten Weihnachtsfeier war er zugegen und freute sich an dem Werk, das er mitgeschaffen, nicht ahnend seinen nahen Abschied von uns. — So ruhe denn sanft, lieber Freund! Du hast dir selbst ein Denkmal in unserem Verbands gesetzt, denn Treue und Ausdauer und Arbeitsamkeit waren deine Ideale. An uns alle, besonders aber an die Jugend, ergeht der Ruf, dein Beispiel nachzuahmen, und das Werk fortzusetzen, das von dir und den anderen Vorkämpfern geschaffen wurde.

Bekanntmachung

Die Kollegen von Altendorf Dumberg, Niederweier melden sich bei dem Kollegen Ernst Duerrmann, Altendorf, Hagerfeld 7, an und ab.
J. U.: Kaspar Gies.

Briefkasten der Redaktion

Die Mitarbeiter unserer Zeitung wollen folgendes beachten: Bei allen Einwendungen, die zur Veröffentlichung in der „Baugewerkschaft“ bestimmt sind, ist das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben. Links lasse man einen etwa zwei Finger breiten Rand. Der Zeilenabstand muß so groß sein, daß man bequem Korrekturen anbringen kann. Das gilt besonders auch für die mit der Schreibmaschine hergestellten Manuskripte. Mit Blei- oder Zintenschrift geschriebene Briefe sind eine Qual für den Setzer, der im Affordolohn arbeitet: man schreibe also mit Feder und Tinte. Das Manuskript soll nur das enthalten, was zur Veröffentlichung bestimmt ist. Bestellungen, Mitteilungen usw. sind also stets auf ein besonderes Blatt zu schreiben. Auch die oblige Bitte um Veröffentlichung kann ruhig unterbleiben, und erst recht ist es überflüssig, sie auf ein besonderes Blatt zu schreiben. Es genügt völlig, wenn der Briefumschlag die Anschrift trägt: An die Schriftleitung der „Baugewerkschaft“, Berlin-Viotenberg, Am Stadtpark 2-3. Briefe, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, sind künftig von der Veröffentlichung ausgeschlossen.

Sterbetafel

Nach einer kurzen Krankheit starb unerwartet unser treues Mitglied Friedrich Weier im Alter von 60 Jahren.
Ortsgruppe Mithras-Ruhe.
Ehre seinem Andenken!

Achtung! Vorsicht beim Einkauf!

Nicht das Billigste ist das Beste!
Es liegt in Euerem eigenen Interesse eine gute Qualitätsware zu erhalten, daher wendet Euch auch dieses Jahr wieder den Original-Wanderlust-Werkzeugen zu, denn da erhaltet Ihr das richtige brauchbare Werkzeug mit voller Garantie.
Fordert daher Listen ein und Ihr erhaltet das Beste, für Maurer, Stukkateure, Plattenleger und Ofenseher, brauchbare Garantiewerkzeug.
G. Rasch & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.